



Verl, 14.02.2019

Haushaltsrede der SPD-Fraktion zum Haushalt 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen des Rates, Vertreter der Verwaltung, Vertreter der Presse, interessierte Zuhörer!

Die Haushaltsverabschiedung ist immer auch eine Gelegenheit, auf das vergangene Jahr zurückzublicken, Anträge zu begründen oder abzulehnen und natürlich auch Haushaltsreden der Parteien zu halten.

Für die Fraktion der SPD fällt diese Aufgabe heute mir als stellvertretende Fraktionsvorsitzende zu.

Die anerkennenswerte und professionelle Arbeit der Beschäftigten im Rathaus ist oftmals Grundlage für politische Entscheidungen. Danke für Ihr hohes Engagement.

Die Zahlen im Haushalt zeigen, dass das wirtschaftliche Leben in Verl erfolgreich handelt. Auch tragen viele Menschen, die sich in einem steuer- und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis befinden, zum Wohlstand unserer Stadt bei.

Sehr viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich in nicht zählbaren Stunden in unserer Stadt. Ohne sie wäre unser Verl nicht so vielfältig und liebenswert.

Die Steuereinnahmen sprudeln, wie auch in Land und Bund. Man könnte den Eindruck bekommen, in Verl leben wir auf der Insel der Glückseligen. Zum ersten Mal ist auf der Einnahmeseite die Zahl 100 Mio. € zu sehen. Unser Haushalt ist ausgeglichen und unsere Rücklagen sind mehr als beträchtlich.

Aber dennoch: Auch in Verl gibt es Armut und Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Das sollten wir ändern, vor allem in Verl. Hier sind wir gefordert als Kommune. Der Wohlstand sollte möglichst bei allen Menschen ankommen.

Wir sind uns hier im Saal wohl alle einig, dass unsere Stadt, genau wie auch andere Kommunen, ein Problem mit bezahlbarem Wohnraum hat.

Es gibt viele Menschen in Verl, die eine bezahlbare Wohnung suchen. Diese Situation ist leider nicht neu.

Es sind zwar im vergangenen Jahr einige Weichen gestellt worden, um zusätzlich Mietwohnraum zu schaffen, z. B. in Kaunitz. Das reicht aber nicht!

Mit konkreten Zahlen an neu geschaffenem Wohnraum kann im Moment niemand glänzen. Denn leider ist bis heute ein Spatenstich für sozialen Wohnungsbau nicht erfolgt.

Es ist aus unserer Sicht aber dringend erforderlich, dass wir uns als Kommune für bezahlbaren Wohnraum stärker engagieren.

Die Versorgung mit gutem und bezahlbarem Wohnraum ist eine der wichtigsten Daseinsvorsorge einer Stadt. Auch jungen Familien und Alleinstehenden mit geringem Einkommen, Senioren und Seniorinnen mit kleinen Renten muss das Wohnen in Verl möglich sein.

Die Wohnraumproblematik in unserem Ort muss eine hohe Priorität in der Politik und in der Verwaltung haben und konsequent voran gebracht werden.

Hier brauchen wir ein gesamtstädtisches Handlungskonzept, mit dem wir aufzeigen können, wo in unserer Stadt welche Bedarfe bestehen, welche Förderkulisse genutzt werden kann und wie die Politik und die Verwaltung die Entwicklung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum besser steuern kann.

Vor diesem Hintergrund haben wir unseren Antrag zum Wohnraumentwicklungskonzept gestellt.

Wir begrüßen es, dass Grüne und FDP ähnliche Vorstellungen artikulierten. Immerhin wurde der Bereitstellung von 25.000,00 € für ein Gesamtkonzept „Wohnraumbedarfs-ermittlung- und Entwicklung inklusive Wohnraum für Auszubildende“ zugestimmt. Leider erst für 2020.

An dieser Stelle sind weitere mutigere Schritte erforderlich und zwar bald!

Straßenausbaubeiträge sind häufig für Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar und werden als ungerecht empfunden.

Ein Beispiel ist der Ausbau der Bergstraße. Hier haben Anwohnerinnen und Anwohner sich gegen Teile des Ausbaus gewandt. Die Situation an der Ortsdurchfahrt ist ungeklärt.

Maßnahmen, die der Allgemeinheit zugutekommen, wie der Straßenausbau auch im Bereich der Fuß- oder Radwege sollten nicht den Anliegern auferlegt werden.

Wir haben zu dieser Frage eine Unterschriftenaktion gestartet, die noch läuft und die wir auch in den nächsten Wochen noch weiter voranbringen wollen.

Die Landesregierung arbeitet mittlerweile auch daran, für Kommunen und die entsprechenden Grundstückseigentümer eine vertretbare Lösung zu finden. Wir in Verl könnten es uns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger leisten, die grundsätzliche Entscheidung der Landesregierung abzuwarten, bevor die Anlieger zur Zahlung herangezogen werden.

Es muss im Ergebnis darum gehen, die Anlieger weitestgehend von diesen Gebühren zu entlasten, da ein persönlicher Vorteil für die Anlieger bei einem Ausbau häufig nicht gegeben ist.

Auch im Hinblick auf die Erschließungskosten für den Straßenbau, zum Beispiel in einem Neubaugebiet, sollte eine andere Kostenverteilung erfolgen.

Wir haben bisher eine Quote von 10 % zu 90 %. Angesichts der guten finanziellen Haushaltslage in Verl wäre es angebracht, dass von unserer Stadt ein höherer Anteil, nämlich 30 %, für die Erschließung übernommen wird. Das würde den Bürgerinnen und Bürgern direkt zugutekommen und wäre familienfreundlich und sozialverträglich.

Unsere dahingehenden Änderungsanträge (vorläufiger Verzicht auf Straßenausbaubeiträge nach § 8 Kommunalabgabengesetz NRW und Satzungsänderung zur Erhebung von Erschließungsbeiträgen) wurden leider abgelehnt.

Durch die Schaffung von weiteren Kindertagesstättenplätzen wird es notwendig sein, die Ausbildung von Erziehern und Erzieherinnen auszuweiten. Denn eine Beschaffung qualifizierter Kräfte vom Markt wird auf Dauer noch schwieriger werden, weil auch andere Kommunen und Träger die gleichen Probleme mit Personalbedarf haben.

Für die Ausbildung gibt es u.a. die „praxisintegrierte Ausbildung PIA“, eine duale Ausbildung für Erzieher und Erzieherinnen. Nach Rücksprache mit der Verwaltung stellte sich heraus, dass die Stadt in diesem Jahr einen solchen Ausbildungsplatz erstmals anbieten wird. Wir freuen uns, dass unser dahingehender Antrag (Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte in städtischen Kindertagesstätten) somit schon Berücksichtigung gefunden hat.

Wir teilen ausdrücklich die Auffassung unseres Bürgermeisters, Zitat: *"Es muss daher unsere gesellschaftliche Aufgabe und Verpflichtung sein, den Beruf der Erzieherin und des Erziehers mehr zu fördern, zu würdigen und damit anzuerkennen."*

Wir nehmen Sie beim Wort, Herr Bürgermeister: Eine Förderung sowie Würdigung und Anerkennung würde der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers erfahren, wenn unserem Wunsch, einen dualen Studienplatz im Bereich der frühkindlichen Bildung anzubieten, entsprochen werden könnte.

Ja, wir haben auch noch einmal einen Antrag zum Thema Osterfeuer eingebracht.

Wobei der Antrag im Grunde genommen noch einen anderen Titel, zumindest einen Untertitel verdient, nämlich Antrag zur Einschränkung von illegal verbranntem Müll und Holzschnitt.

Dieser Antrag richtet sich nicht gegen Gemeinschaften, die in geselliger Runde ein Osterfeuer abbrennen wollen und damit auch Brauchtumpflege betreiben.

Dieser Antrag ist all denen gewidmet, die glauben, zu Ostern noch eben schnell den einen oder anderen Karton, Papier, Strauchschnitt oder sonstige Abfälle verbrennen zu können. Das hat mit Brauchtum rein gar nichts zu tun.

Dagegen wenden wir uns mit dem Antrag und bitten, hier lenkend einzugreifen.

Bei der heutigen Feinstaubbelastung sind solche illegalen „Osterfeuer“ nicht zu akzeptieren. Hier sollte unsere Stadt gehalten sein, möglichst Rauchgasemissionen zu reduzieren.

Wenn auf Facebook zu Neujahr die Frage aufgeworfen wird, ob die Bürgerinnen und Bürger es gut fänden auch weiterhin ein privates Neujahrsfeuerwerk zu veranstalten, bei denen Immissionen in Höhe von 20 % der gesamten Feinstaubbelastung auf ein Jahr gerechnet, entstehen, dann wird die Frage auch gerechtfertigt sein, ob es hinnehmbar sein soll, dass auch weiterhin illegale Osterfeuer abgebrannt und in der von uns beschriebenen Form eine zusätzliche Feinstaubbelastung entsteht.

Wir begrüßen es, dass sich nunmehr der Klimaschutzbeauftragte der Stadt mit der Frage beschäftigten und Lösungsvorschläge zur Minimierung illegaler Osterfeuer erarbeitet wird. In diesem Zusammenhang unterbreiten wir den Vorschlag, dann etwaig zu erhebende Gebühren der Jugendfeuerwehr zukommen zu lassen.

12 Jahre warten mussten Fußgänger und Fahrradfahrer auf die Ausleuchtung des Radweges nach Sende. Ein dahingehender Antrag der Verler SPD-Fraktion wurde im Jahr 2007 von der Fraktion der CDU abgelehnt, im vorigen Jahr von der CDU neu gestellt und positiv beschieden.

Gute Idee, neu verpackt, könnte man sagen. Es gibt weitere Beispiele: Weiterentwicklung des Dorfentwicklungsplans für Sürenheide: CDU erst nein, dann ja, Aufstockung des Kulturetats: CDU erst nein, dann ja, sogar um eine weitere halbe Stelle.

Wir als SPD waren und werden auch künftig bereit sein, die Politik in Verl mitzugestalten. Wir erwarten jedoch für die Zukunft, dass unsere Anträge zeitnah ernsthaft diskutiert werden.

Für den Erhalt der politischen Handlungsfähigkeit ist es unerlässlich, sich mit den Anträgen anderer Fraktionen objektiv auseinanderzusetzen.

Für uns Kommunalpolitiker- und Politikerinnen müssen Sachthemen im Mittelpunkt unseres Handelns stehen: Sei es die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, ein niedriges Kommunalsteuerniveau, die Nahversorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs, das Schaffen der Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben, der Schutz der natürlichen Ressourcen oder auch die Schaffung gleicher Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche.

Stets müssen wir alle uns die Frage stellen: Handeln wir hinreichend zukunftsorientiert und sozial ausgewogen?

Ich komme noch einmal auf unsere Anträge zurück:

Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte in städtischen Kindertagesstätten,
Vorläufiger Verzicht auf Straßenausbaubeiträge nach § 8 Kommunalabgabengesetz NRW (KAG NRW),
Satzungsänderung zur Erhebung von Erschließungsbeiträgen,
Wohnraumentwicklungskonzept,
Änderung bei der Anmeldung von Osterfeuern.

Mit unseren Anträgen ruinieren wir nicht die Stadtfinanzen, sondern unsere Anträge tragen erheblich zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen, Senioren und Familien bei und zur weiteren Entwicklung unserer Stadt.

Nach wie vor vertreten wir den Anspruch, dass Bildung, und zwar ab dem Besuch einer Kindertagesstätte, kostenfrei sein muss. Der Bildungserfolg unserer Kinder darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Es ist eine Frage der politischen Prioritäten, für eine ausgewogene Zuweisung von städtischen Grundstücken zu sorgen. Ein Losverfahren ohne Gehaltsobergrenze ist dafür nicht geeignet. Ebenso nicht geeignet ist es, einen sogenannten Minijob nicht zu berücksichtigen, wohl aber ein Jahreseinkommen bis zu einem sechsstelligen Betrag.

Als Kommune mit 26.000 Einwohnern bringen wir die Kosten für einen Straßenplaner auf, und wir leisten es uns, auf rund 11 Millionen Euro Gewerbesteuerereinnahmen zu verzichten. Da sollte es doch möglich sein, auch auf Straßenbaubeiträge zu verzichten.

Wir halten den vorgelegten Haushaltsentwurf für sozial unausgewogen und stimmen ihm nicht zu.

Vielen Dank.

Für die SPD-Fraktion

Elke Henkemeier